

Wo entstehen die Jobs von morgen?



PROF. DR.
CHRISTIANE BENDER
PROFESSUR FÜR
SOZIOLOGIE

Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass Unternehmen neue Entlassungen im großen Stil ankündigen. Begründet werden diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit, Lohnkosten zu senken, um der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten standzuhalten. Die Unternehmen in Deutschland meistern diesen Wettbewerb besonders erfolgreich. Jobs entstehen dennoch nicht. Schon seit geraumer Zeit sprechen Ökonomen von Jobless Growth, wirtschaftlichem Wachstum ohne neue Jobs. Vielfach wird die Erwartung geäußert, dass die schnellere Umsetzung von neuen Produktionsverfahren und technischen Innovationen die Nachfrage nach Arbeit steigern würde. Dabei wird aber übersehen, dass Innovationen, insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, zur Rationalisierung der betrieblichen Arbeitsstrukturen führen. Das bedeutet letztlich immer Abbau von Arbeitsplätzen. Aber woher, um Himmels willen, können dann die neuen Jobs kommen, die wir so dringend benötigen?

Der bekannte französische Nationalökonom Jean Fourastié hat prognostiziert, dass die überzählige Beschäftigung, die aus den hochproduktiven Industriesektoren abfließt, durch die Entstehung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor kompensiert würde. Richtig ist, dass in allen modernen Industriegesellschaften ca. 2/3 der Erwerbstätigen mit Dienstleistungen beschäftigt sind. Fourastiés große Hoffnung, dass Dienstleistungstätigkeiten nicht rationalisierbar seien, hat sich jedoch nicht generell bewahrheitet. Banken, Versicherungen, Verwaltungen und Kaufhausketten demonstrieren uns täglich, dass sie mit immer weniger Personal auskommen. Wenn auch zumeist zu Lasten ihrer Kunden. Ist mit dieser Beobachtung die Perspektive, in Dienstleistungen die Jobs von morgen zu finden, gescheitert? Mitnichten. Denn fragen wir uns, wie die USA und wie Schweden den industriellen Strukturwandel bewältigt und die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit abgebaut haben, so fällt auf, dass beide Länder forciert Tätigkeiten als Erwerbsarbeit ökonomisiert und verberuflicht haben, die vormals von Familien in den privaten Haushalten, vor allem von Frauen, erbracht wurden, wie die Betreuung der Kinder, die Pflege älterer und kranker Angehöriger.

Es sind demnach personenbezogene Dienstleistungstätigkeiten, die in Schweden und in den USA zu einer erheblichen und langfristigen Senkung der Arbeitslosigkeit geführt haben. Auch die Finanzierung konnte gelöst werden. In Schweden tritt vorwiegend der Staat als Arbeitgeber auf und bietet den Familien ein umfangreiches steuerfinanziertes Dienstleistungsangebot auf professionell hohem Niveau an. In den USA werden die personenbezogenen Dienstleistungen oftmals, wenn auch nicht nur, als Billigjobs auf dem Markt angeboten und von

den privaten Haushalten, zumeist von Doppelverdienerhaushalten, bezahlt. Die starke Einkommensspreizung begünstigt diese Entwicklung. In beiden Gesellschaften profitieren vor allem die Frauen vom Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen. Der Lebensentwurf, Familie und Beruf zu vereinbaren, dem die meisten Amerikanerinnen und Schwedinnen folgen, lässt sich somit in beiden Ländern realisieren.

Was hindert Deutschland daran, diese Joblücke endlich zu schließen? Warum kristallisieren sich bei uns nur zögerlich erwerbsarbeitswirksame Angebots- und Nachfragestrategien auf dem Gebiet der personenbezogenen Dienstleistungen heraus? Leider ist die Suche nach arbeitsmarktpolitischen Lösungen bei den maßgeblichen Parteien und Verbänden nach wie vor auf die Industrie gerichtet, obwohl hier kaum zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Hinzu kommt, dass Familien- und Arbeitsmarktpolitik nicht mehr zeitgemäß konzipiert sind und sich wechselseitig blockieren. Die privaten Haushalte erhalten Transferleistungen, um Aufgaben der Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern selbst, meistens von Ehefrauen und Müttern, selten von Ehemännern und Vätern, zu erledigen. Dadurch bleiben Frauen mit Kindern und Familie weitaus häufiger dem Arbeitsmarkt fern als in den erfolgreichen Dienstleistungsökonomien Schwedens und der USA.

Gut ausgebildete Frauen, die keinen „Karriereknick“ durch familienbedingte Berufsunterbrechungen oder durch Teilzeitarbeit hinnehmen wollen, sehen sich gezwungen, sich für den Beruf und damit gegen eigene Kinder zu entscheiden. Der Lebensentwurf von Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren, bleibt in Deutschland oftmals zugunsten eines „entweder - oder“ auf der Strecke. Die Frauen

spüren, dass es riskant ist, sich auf die Erwerbsarbeit der Ehemänner zu verlassen, da deren Jobs in der Industrie keineswegs mehr so sicher sind, wie es die Berufe der Väter waren.

Findet nun ein Umdenken in Deutschland statt? Rütteln uns die vielfach und im internationalen Vergleich konstatierten Defizite unseres Bildungssystems im Bereich vorschulischer Erziehung, schulbegleitender Fördermöglichkeiten und pädagogisch durchdachter Ganztageschulen nicht auf, unser Angebot an personenbezogenen Dienstleistungen zu erweitern, das für die Bildung und Ausbildung unseres Nachwuchses zur Verfügung steht? Vor allem, wenn wir nicht wollen, dass die Deprivation der Eltern (etwa durch Langzeitarbeitslosigkeit) als Bildungsarmut an die Kinder vererbt wird. Oder wenn wir der Meinung sind, dass auch die Kinder von Migranten sozialisatorische Chancen für die Entwicklung selbstbestimmter biographischer Perspektiven benötigen, die ihnen die zwanghaft kulturell

abgeschlossenen Milieus ihrer Familien nicht gewähren wollen.

Jüngst hat die Robert-Bosch-Stiftung herausgefunden, dass die Mittel für Familienpolitik weitgehend verpuffen. Auch der familienpolitische Kompromiss der großen Koalition verlässt den deutschen Pfad des transfer- und statuserhaltorientierten Sozialstaats nicht. Kindergeld, Erziehungsgeld und steuerliche Möglichkeiten der Absetzbarkeit von Betreuungskosten führen vor allem zu weiteren Ausgaben des Staates, ohne dass unmittelbar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Gegenteil! Für eine Familien- und Arbeitsmarktpolitik, die den Trend zu einem „erwerbsarbeitsarmen“ Arbeitsmarkt fortsetzt, soll noch mehr Geld ausgegeben werden! Aber nur ein konsequenter Paradigmenwechsel, weg von der Erhöhung der Transfereinkommen und hin zum Aufbau personenbezogener Dienstleistungen, hilft den Familien und fördert den Arbeitsmarkt.